

Erläuternd hatten Sie bereits mit Schreiben vom 11. Februar 2011 mitgeteilt, dass es Ihnen in erster Linie darum gehe, Trends und Entwicklungen in der Terrorismusbekämpfung in Deutschland seit dem 11. September 2001 festzustellen. Auf Daten Dritter könnten Sie in diesem Zusammenhang verzichten, sollte dieses ansonsten die Herausgabe der relevanten Dokumente verhindern.

Auf Ihre Anfrage übermittle ich Ihnen anliegend ergänzend zu den bereits mit Schreiben vom 2. März 2011 übermittelten Informationen erstens die Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Petra Pau u.a. sowie der Fraktion DIE LINKE vom 17. Februar 2011 nach Straf- und Ermittlungsverfahren nach §§ 89a, 89b und 91 StGB (BT-Drs. 17/4817) und zweitens den Gesetzentwurf der Bundesregierung zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, durch den Befugnisse des Terrorismusbekämpfungsgesetzes und des Terrorismusbekämpfungs-ergänzungsgesetzes teilweise befristet verlängert werden sollen (BR-Drs. 476/11).

Das Bundeskanzleramt führt im Übrigen keine Statistiken oder Übersichten über laufende oder erledigte Ermittlungs- oder Strafverfahren, aus denen sich die von Ihnen begehrten Informationen ergeben würden. Soweit im Einzelfall Informationen zu bestimmten Ermittlungs- oder Strafverfahren vorliegen, handelt es sich um personenbezogene Daten Dritter, auf deren Herausgabe Sie verzichtet hatten.

Ich hoffe, Ihrem Anliegen mit dieser erweiterten Auskunft Rechnung getragen zu haben.

Mit freundlichen Grüßen  
Im Auftrag

i.V. Christel Jagst

